

# FinanzA Lütjenburg

## 12. Sitzung

Sitzung vom 10.12.2015

Seite 1

in Lütjenburg, Ratssaal

Für diese Sitzung enthalten die Seiten 2 bis 5  
Verhandlungsniederschriften und Beschlüsse.

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 19.45 Uhr

(Unterschriften)

Anwesend:

Gesetzl. Mitgliederzahl: 7

a) stimmberechtigt:

1. Thorsten Först	13.
2. Siegfried Klaus f. Ute Treder-Behrens	14.
3. Andrea Danker-Isemer	15.
4. Birgit Laskowsky	16.
5. Jürgen Panitzki	17.
6. Winfried Seick	18.
7. Detlef Zoglauer	19.
8.	20.
9.	b) nicht stimmberechtigt
10.	1. BM Sohn
11.	2. Herr Leyk / Stadtreferent
12.	3. Herren Less, Schweig / Amt Lütjenburg
	4. Herr Rau / FF
	5. 1 Zuhörer

Es fehlten:

a) entschuldigt:	b) unentschuldigt:
1. Ute Treder-Behrens	1.
2.	2.
3.	

Die Mitglieder des Finanzausschusses waren durch Einladung vom 1.12.2015 auf Donnerstag, den 10.12.2015 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen.

Zeit, Ort und Stunde sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekanntgegeben.

Der Vorsitzende stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsmäßige Einberufung Einwendungen nicht erhoben wurden.

Der Finanzausschuss war - nach Zahl der erschienenen Mitglieder - beschlussfähig.

## **Tagesordnung**

1. Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten
2. Genehmigung der Niederschrift über die 11. Sitzung des Finanzausschusses
3. Einwohnerfragestunde
4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer in der Stadt Lütjenburg; 2. Nachtrag
5. Haushalt 2016
- 5.1 Stellenplan/Änderung von Eingruppierungen
- 5.2 Stellenplan
- 5.3 Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2016 bis 2019
- 5.4 Haushaltssatzung und Haushaltsplan
6. Verschiedenes

**Nach Verlesung der Tagesordnung wurden folgende Einwendungen erhoben bzw. Ergänzungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht:**

Nach Begründung durch Bürgermeister Sohn beantragt der Vorsitzende, als neuen TOP 5.1 aufzunehmen:

„Antrag der SPD-Fraktion und der Grünen-Fraktion an die Stadtvertretung (zusätzliche Stunden für die Stelle Stadtjugendpfleger/in“)

- 7 dafür -

**Die Verhandlungen fanden in öffentlicher Sitzung statt.**

**Zu dem Punkt --- der Tagesordnung war die Öffentlichkeit ausgeschlossen.**

1. Beschluss über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten

Alle Tagesordnungspunkte sollen in öffentlicher Sitzung beraten werden.

- 7 dafür -

2. Genehmigung der Niederschrift über die 11. Sitzung des Finanzausschusses

Gegen die Niederschrift über die 11. Sitzung des Finanzausschusses werden bis zum Ende der Sitzung keine Einwände erhoben, damit gilt sie als genehmigt.

3. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer in der Stadt Lütjenburg; 2. Nachtrag

Anhand der zugegangenen Vorlage führt der Vorsitzende in die angedachte Satzungsänderung ein. Frau Danker-Isemer fragt in diesem Zusammenhang nach der Anzahl der Gefahrhunde im Stadtgebiet und vorliegende Beißfälle.

Sodann wird einstimmig folgender Beschluss gefasst:

Der Finanzausschuss empfiehlt der Stadtvertretung, wie folgt zu beschließen:

Die als Anlage beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer in der Stadt Lütjenburg; 2. Nachtrag, wird erlassen.

- 7 dafür -

Anmerkung der Verwaltung:

*Im November 2015 wurde ein Beißfall angezeigt. An diesem war kein Gefahrhund im Sinne des noch geltenden Gefahrhundegesetzes SH beteiligt.*

5. Haushalt 2016

5.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Grünen-Fraktion an die Stadtvertretung (zusätzliche Stunden für die Stelle Stadtjugendpfleger/in

Herr Panitzki begründet für die SPD- und die Grünen-Fraktion den Antrag zur Aufstockung der Stundenzahl für den Stadtjugendpfleger. Um die in 2016 zu erwartenden Mehrbelastungen wie Erhöhung der Konfliktvorbeugung und Erhöhung des Anteils für Streetworking und der zusätzlichen Aufgaben wie Betreuung der Aktivitäten im JAZ (Konzept wird noch erstellt) und Übernahme Bürgertelefon realisieren zu können, soll der Stundenansatz bei Bedarf erhöht werden. Die Mehrstunden sollen in den Stellenplan 2016 vorsorglich aufgenommen werden.

Frau Danker-Isemer ergänzt, dass es gilt, bei der Erstaufnahme von bis zu 1.000 Flüchtlingen für erforderliche Reaktionen gewidmet zu sein, dass eine präventive Arbeit zu leisten sein wird und der Stelleninhaber nach eigener Aussage Mehrarbeitsstunden leistet.

Herr Klaus bekundet seine Enttäuschung über das mit dem Antrag initiierte Verfahren. Bisher war die gute Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen Grundlage für die konzeptionelle Jugendbetreuung. Der nunmehr vorliegende Antrag wurde ohne Rücksprache mit der CDU-Fraktion auf den Weg gebracht, das entspricht quasi der Aufkündigung der bisherigen guten Zusammenarbeit. Daneben ist verwunderlich, dass hierzu weder ein Antrag vom Bürgermeister noch von dem Stelleninhaber vorliegt.

Herr Först ergänzt, dass in diesem Falle der Dienstvorgesetzte übergangen wurde.

Bürgermeister Sohn bekundet ebenfalls seine Überraschung, da es keinerlei Vorgespräche gab und vielmehr nach einem Gespräch mit Herrn Lübker sich abgezeichnet hat, dass hinsichtlich des Arbeitsaufwandes Lösungen erarbeitet werden können, ohne dass es zu einer festgeschriebenen zusätzlichen Erhöhung seiner Stundenzahl kommen muss. Die bisher angefallenen Mehrarbeitsstunden können mit den Zeiten mit geringerem Arbeitsanfall ausgeglichen werden.

Bürgermeister Sohn stellt fest, dass nach der derzeitigen Aufgabenstellung kein echter Bedarf für eine Stundenerhöhung vorliegt.

Herr Panitzki verweist auf eine telefonische Vorab-Information, die der Vorsitzende zu dem Antrag erhalten hat.

Der Stadtvertretung wird empfohlen, dem Antrag der SPD-Fraktion und Grünen-Fraktion zur Stundenerhöhung zuzustimmen.

- 4 dafür, 3 dagegen -

**Bemerkung:**

*Der Antrag der SPD- und Grünen-Fraktion ist dem Protokoll beigelegt.*

## 5.2 Stellenplan/Änderung von Eingruppierungen

Hierzu ist eine Vorlage zugegangen, die von Bürgermeister Sohn erläutert wird.

Er trägt die in der beigelegten Veränderungsliste aufgeführten Änderungen vor und begründet die dargestellten Einzelfälle.

## 5.3 Stellenplan

Im Hinblick auf die vorangegangenen Tagesordnungspunkte ergeht folgende Beschlussempfehlung:

Der Stellenplan wird mit der Änderung zur lfd. Nr. 26 Stadtjugendpfleger/in - Erhöhung des Stellenanteils von 0,50 auf 0,75 - dem Haushaltsplan 2016 beigelegt.

- 4 dafür, 3 dagegen -

## 5.4 Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2016 bis 2019

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Haushaltsplan mit dem Investitionsprogramm in den Fachausschüssen erörtert wurde.

Bürgermeister Sohn teilt mit, dass hinsichtlich des Vermögenshaushaltes/ Investitionsprogramms der Bau- und Umweltausschuss vorschlägt, im Einzelplan 5 des Vermögenshaushaltes, Unterabschnitt 580000.96000 - Grünflächen (Neugestaltung) - den bisherigen Ansatz von 10.000,- € auf 25.000,- € aufzustocken.

Der Stadtvertretung wird empfohlen, das als Anlage beigelegte Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2016 - 2019 mit der empfohlenen Änderung zu billigen.

- 7 dafür -

### 5.5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan

Der Vorsitzende verweist auf die zugegangenen Unterlagen. Hinsichtlich des Entwurfes des Vorberichtes verweist er auf die ab 2016 geltende gesetzliche Verpflichtung für Städte und Gemeinden, die ihre Haushaltswirtschaft nach den Regeln der kameralen Buchführung führen. Es besteht nunmehr die gesetzliche Verpflichtung, Anlagenachweise für das gesamte Immobilien- und Infrastrukturvermögen zu führen (Vermögenserfassung und -bewertung).

Bürgermeister Sohn teilt mit, dass in bestimmten Bereichen des Haushaltsplanes (z. B. Schulen, Kindergarten, Bauhof) bereits die Abschreibungen und die Verzinsung des Anlagekapitals jeweils aufgeführt sind.

Herr Först berichtet weiter von der Beratung im Amtsausschuss. Hier wurde einerseits beschlossen, das ADS-Schullandheim in Haßberg als Flüchtlingsunterkunft zu erwerben und auf der anderen Seite die mit dem Haushaltserlass auferlegte gesetzliche Verpflichtung nicht entsprechend umgesetzt wird.

Herr Leyk ergänzt, dass diese Thematik auch bei den kommunalen Spitzenverbänden erörtert wurde. Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese gesetzliche Verpflichtung wieder gestrichen wird.

Es erfolgt eine Aussprache zur möglichen Entwicklung der Kreisumlage, zu den finanziellen Risiken aufgrund der Asyl- und Flüchtlingsproblematik. Herr Klaus berichtet aus der Beratung des Sozialausschusses hinsichtlich der Mitfinanzierung der Umstellung der LED-Beleuchtung, die durch den Tennisclub beantragt wurde. Ein Beschluss musste vertagt werden, da auch die Höhe eines Kreisanteils noch nicht feststand. Sofern alle erforderlichen Zahlen vorliegen, könne eine weitere Beratung in der Stadtvertretung erfolgen.

Bürgermeister Sohn beantragt, weitere Beratungskosten in Höhe von 10.000,-- € im Haushaltsplan 2016 bereitzustellen. Die Summe ist erforderlich, um eine rechtssichere anstehende Kalkulation für die Gebühren der Straßenreinigung für 2016 und für die Folgejahre durch eine Fachberatung durchführen zu lassen.

Abschließend empfiehlt der Finanzausschuss der Stadtvertretung:

Die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan für das Jahr 2016 mit den in der Änderungsliste aufgeführten Ansätzen sowie die Änderungen, die sich in der Sitzung des Finanzausschusses ergeben haben, zu erlassen.

- 7 dafür -

### 6. Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Protokollführer: